

NIEDERSCHRIFT

über die 5. Sitzung des Ausschusses für Bau und Umwelt am 26.01.2009,
um 18:15 Uhr, im Ratssaal des Rathauses, Unter den Linden 1, Ratzeburg.

Anwesend:

Ratsherr Rütz – zgl. Vorsitzender
Herr Dr. Bahrs
Ratsherr Dr. Behrens
Herr Hildebrand
Ratsherr Landgraf
Frau Ratsherrin Rick
Erster Stadtrat Suhr
Ratsherr Techlin
Herr Thiele

Ratsherr Bahlinger	- nicht stimmberechtigt -
Ratsherr Clasen	- nicht stimmberechtigt -
Ratsherr Deinert (bis 21:35 Uhr)	- nicht stimmberechtigt -
Frau Fabinski (bis 21:35 Uhr)	- nicht stimmberechtigt -
Ratsherr Hagenkötter	- nicht stimmberechtigt -
Frau Ratsherrin Jabs (bis ca. 21:10 Uhr)	- nicht stimmberechtigt -
Frau Ratsherrin Kersten	- nicht stimmberechtigt -
Ratsherr Koch (ca. 18:30 bis ca. 20:10 Uhr)	- nicht stimmberechtigt -
Herr Mohr, Seniorenbeirat	- nicht stimmberechtigt -
Frau Ratsherrin Dr. Schmid (ab ca. 20:00 Uhr)	- nicht stimmberechtigt -
Ratsherr Winkler	- nicht stimmberechtigt -

Verwaltung:

Herr Laumans
Herr Klossek
Herr Meyer (bis ca. 19:55 Uhr)
Herr Wolf – zgl. Protokollführer

Ferner:

Herr Dr. Heling, Ökumen. Stiftung für Schöpfungsbewahrung und Nachhaltigkeit, Ratzeburg,
Frau Dr. Marxen-Drewes, Jünemann+ Dr. Marxen-Drewes, Büro f. Landschaftspl., Melsdorf,
Herr Dr. Schulz, Fachbereich Regionalentwicklung, Umwelt u. Bauen, Kreis Hzgt. Lauenburg
(alle bis ca. 19:55 Uhr)

Niederschrift Teil A – Öffentlicher Teil –

5. Sitzung des Ausschusses für Bau und Umwelt, 26.01.2009, Top 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Beschlussfähigkeit, Tagesordnung

Ratsherr Rütz eröffnet die Sitzung um 18:15 Uhr, begrüßt die Anwesenden und stellt fest, dass fristgemäß geladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist. Herr Wolf wird zum Protokollführer bestellt.

Ratsherr Techlin beantragt die Aufnahme eines gemeinsamen Antrages von CDU- und FDP-Fraktion zum Thema „Lübecker Straße“, der zu Beginn der Sitzung verteilt wurde in die Tagesordnung.

Beschluss:

Der Antrag der CDU- und der FDP-Fraktion „Lübecker Straße“ wird als Tagesordnungspunkt 13c in die Tagesordnung aufgenommen.

9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen

Die Verwaltung schlägt vor, die Tagesordnungspunkte Nr. 14 bis 19 in nicht-öffentlicher Sitzung zu behandeln. Ratsherr Rütz schlägt vor, den Tagesordnungspunkt 14 sowohl öffentlich als auch nicht-öffentlich zu behandeln, da hierzu ein Antrag der FRW-Fraktion vorliegt, der, zumindest teilweise, in öffentlicher Sitzung beraten werden sollte.

Beschluss:

Die Tagesordnungspunkte Nr. 15 bis 19 werden in nicht-öffentlicher Sitzung behandelt. Der Tagesordnungspunkt 14 wird sowohl in öffentlicher als auch in nicht-öffentlicher Sitzung behandelt. Die zum Tagesordnungspunkt Nr. 7 anwesenden Gäste werden zu Sachverständigen bestellt.

9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen

Damit ist folgende **Tagesordnung** festgesetzt:

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Niederschrift der 4. Sitzung am 10.11.2008, Beschlussfassung über evtl. Änd./ Ergänz.
3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse
4. Bekanntgabe nicht öffentlicher Beschlüsse
5. Bericht der Verwaltung
6. Einwohnerfragestunde
7. Baupark Ratzeburg – Öffentlich-rechtlicher Vertrag über Ausgleichsmaßnahmen zum Gesamtprojekt „Wohnpark Barkenkamp“ zwischen der Stadt Ratzeburg, der Landgesellschaft Schleswig-Holstein und dem Kreis Herzogtum Lauenburg vom 26.04.2007
8. Bauanträge: Neubau und Teilsanierung eines Gymnasiums, erteiltes gemeindliches Einvernehmen nach § 36 BauGB zum Gesamtvorhaben
9. Errichtung einer Fußgängerüberquerungsanlage am Albsfelder Weg
10. 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 62 „Burgfeld“ – Aufstellungsbeschluss
11. Städtebaulicher Vertrag zur 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 62 „Burgfeld“
12. 3. Änderung mit Erweiterung des Bebauungsplanes Nr. 43.I „westlich Bahnstrecke Lübeck-Büchen, nördlich Bahnhofsallee“ im beschleunigten Verfahren gem. § 13 a BauGB – Entwurfs- und Auslegungsbeschluss
13. a) Antrag der FRW-Fraktion: Verbesserung der Verkehrssituation für die Anlieger in der Seestr./ An der Brauerei/ Schulstraße durch Geschwindigkeitsreduzierung auf 30 km/h
b) Antrag der FRW-Fraktion: Ampelschaltungen auf der Insel
c) Antrag der CDU- und der FDP-Fraktion: Lübecker Straße
14. Südliche Sammelstraße, Ausbau – öffentlich, Antrag der FRW-Fraktion
20. Anfragen und Mitteilungen

Nicht-öffentlicher Teil:

14. Südliche Sammelstraße, Ausbau – Ingenieurvertrag – nicht-öffentlich
15. Städtebaulicher Vertrag, Folgekostenvertrag mit der Fa. Daberkow vom 06.12.2004
16. Ausbau der Ziethener Straße - Ingenieurvertrag
17. Lichtzeichenanlagen, Wartungsvertrag
18. Bauanträge – wird mündlich vorgetragen –
19. Grundstücksangelegenheiten – wird mündlich vorgetragen –

**5. Sitzung des Ausschusses für Bau und Umwelt, 26.01.2009, Top 2.
Niederschrift der 04. Sitzung am 10.11.2008, Beschlussfassung über eventuelle Änderungen/ Ergänzungen**

Ratsherr Hagenkötter hat schriftlich folgende Änderungsanträge zur Niederschrift der 4. Sitzung vorgebracht:

„TOP 7, Seite 5, vorletzter Absatz muss ergänzt werden: *„Auf Nachfrage erklärt Herr Güsmer, dass aus rein verkehrsaufsichtsrechtlichen Aspekten nichts gegen eine Abschaltung der als „Pfortnerampel“ bezeichneten Lichtzeichenanlage sprechen würde, sofern dies so beschlossen würde.“*

„TOP 10 Seite 6 vorletzter Absatz: dort muss es heißen: *„Ratsherr Hagenkötter regt für die FRW an...“* (ich habe nur angeregt, da ich kein Antragsrecht habe). Der letzte Satz dazu ,müsste lauten: *„Der Vorsitzende lässt über die Einrichtung des Arbeitskreises Marktplatzbegrünung abstimmen, nachdem der Antrag von Ratsherr Dr. Behrens für die FRW gestellt wurde.“*

Der Protokollführer, Herr Wolf, berichtet zu dem Änderungsantrag zu Top 7, dass er, da es ja um die Aussage eines Dritten, nämlich die von Herrn Güsmer, Polizeidirektion Ratzeburg, geht, ihn um eine entsprechende Stellungnahme gebeten habe. Herr Güsmer hat darauf wie folgt geantwortet:

„Die Äußerungen des Herrn Hagenkötter entsprechen nicht der Wahrheit. Zu keiner Zeit habe ich entsprechende Angaben zum Abschalten der Pfortnerampel gemacht. Richtig ist vielmehr, dass von mir auf die Komplexität des Verkehrskonzeptes in seiner Gesamtheit hingewiesen wurde, was auch einen Betrieb der Pfortnerampel beinhaltet.“

Damit stünden nunmehr zwei widersprüchliche Auffassungen im Raum, die nicht ohne Weiteres in Einklang miteinander gebracht werden könnten. Hinsichtlich des Änderungsantrages zu Top 10 gebe es seitens der Protokollführung keine Probleme, die Niederschrift antragsgemäß zu ändern. Nach kurzer Beratung kommt der Ausschuss zu folgendem

Beschluss:

Die Niederschrift vom 20.1.2008 über die 4. Sitzung des Ausschusses für Bau und Umwelt am 10.11.2008 wird unter Top 7 sowohl um den folgenden Antrag von Ratsherrn Hagenkötter: *„TOP 7, Seite 5, vorletzter Absatz muss ergänzt werden: „Auf Nachfrage erklärt Herr Güsmer, dass aus rein verkehrsaufsichtsrechtlichen Aspekten nichts gegen eine Abschaltung der als „Pfortnerampel“ bezeichneten Lichtzeichenanlage sprechen würde, sofern dies so beschlossen würde.“* als auch um die folgende Stellungnahmen dazu von Herrn Güsmer: *„Die Äußerungen des Herrn Hagenkötter entsprechen nicht der Wahrheit. Zu keiner Zeit habe ich entsprechende Angaben zum Abschalten der Pfortnerampel gemacht. Richtig ist vielmehr, dass von mir auf die Komplexität des Verkehrskonzeptes in seiner Gesamtheit hingewiesen wurde, was auch einen Betrieb der Pfortnerampel beinhaltet.“* ergänzt.

Die Niederschrift wird unter Top 10, Seite 6, vorletzter Absatz wie folgt geändert: *„Ratsherr Hagenkötter regt für die FRW die Einrichtung eines Arbeitskreises „Marktplatzbegrünung“, dem Ratsherr Rütz, Herr Meyer, Herr Dr. Ebner, Frau Klar, Frau Mrowitzki und jeweils ein weiteres Mitglied, welches von den anderen Fraktionen benannt werden kann, angehören sollen an. Die Niederschrift wird unter Top 10, Seite 7, dritter Absatz wie folgt geändert: „Der Vorsitzende lässt über die Einrichtung des Arbeitskreises Marktplatzbegrünung abstimmen, nachdem der Antrag von Ratsherrn Dr. Behrens für die FRW gestellt wurde.“*

9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen

5. Sitzung des Ausschusses für Bau und Umwelt, 26.01.2009, Top 3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse

Herr Laumans berichtet:

Die Abschaltungen der lichtsignalisierten Knotenpunkte Seestraße/ Königsdamm und Lüneburger Damm/ Bahnhofsallee/ Möllner Straße ab 20:00 Uhr wurden umgesetzt.

Im Bereich des Bebauungsplanes Nr. 79, Teilbereich I (Nr. 79.I) „südlich Seestraße, östlich Fischerstraße, westlich Palisadenweg (Stadtsee)“ hat die Untersuchung der Altlastenproblematik ergeben, dass die durch den B-Plan angestrebten Nutzungen ohne Beeinträchtigungen realisierbar sind. Bei der zwischenzeitlich erfolgten archäologischen Prospektion ergaben sich keinerlei Hinweise auf archäologische Substanz von höherer Wertigkeit. Der Planentwurf wird entsprechend ergänzt und kommt vom 03.02.2009 bis zum 03.03.2009 zur öffentlichen Auslegung.

Hinsichtlich einer ökonomischen Straßenbeleuchtung hat die Verwaltung mit der Aktivregion Herzogtum Lauenburg-Nord e.V. Kontakt aufgenommen. Frau Payne-Schultz von der Geschäftsführung der Aktivregion teilte auf Nachfrage mit, dass die Projektgruppe Energiekompetenz/ die Planung für eine energiesparende Straßenbeleuchtung bezuschusst werden kann. Hierunter fällt z.B. das Aufstellen eines Beleuchtungskatasters, die Ermittlung der Watagen, die Konzeptionierung der Erneuerung usw.. Für die technische Begleitung und Betreuung soll ein Ingenieur eingestellt werden, der bei den Vereinigten Stadtwerken angesiedelt werden soll. Die kostenmäßige Beteiligung an der Umsetzung erfolgt jedoch nicht durch die Aktivregion. Da Ratzeburg bereits die erforderlichen Unterlagen erstellt hat, ist derzeit seitens der Verwaltung nichts Weiteres zu veranlassen.

Die 1. Sitzung des Arbeitskreises zur Begrünung des Marktplatzes wurde am 14.01.2009 durchgeführt. Am 09.02.2009 findet die 2. Sitzung des Arbeitskreises statt. Bei dieser Sitzung werden erste Ideen sowie Vorschläge diskutiert. Ein entsprechendes Protokoll wird den Teilnehmern zugesandt.

Die Stadtvertretung hat in der Sitzung am 08.12.2008 die 6. Änderung der Straßenreinigungssatzung beschlossen.

5. Sitzung des Ausschusses für Bau und Umwelt, 26.01.2009, Top 4. Bekanntgabe nicht-öffentlicher Beschlüsse

Der Vorsitzende gibt folgende Beschlüsse vom 10.11.2008 öffentlich bekannt:

Erneuerung der ehemaligen Kleinbahnbrücke in der Verbindung Großer Küchensee und Schwanenteich – Vergabe: „Aufgrund der öffentlichen Ausschreibung mit Submissionstermin am 24.09.2008 wird der Auftrag für die Brückenerneuerung Großer Küchensee/ Schwanenteich dem günstigsten Bieter, der Firma Schwalbe Tiefbau aus Preetz, in Höhe von 373.944,37 € namens und für Rechnung der Stadt Ratzeburg, des Stadtentwässerungsbetriebes und der VSG-Netz erteilt.“

Ratsherr Koch erscheint zur Sitzung.

Bauanträge a) Neubau und Teilsanierung eines Gymnasiums:

„Mit Beschluss vom 06.10.2008 hatte der Ausschuss für Bau und Umwelt zunächst sein Einvernehmen für den Neubau und die Teilsanierung der Schule einschließlich des Schulhofes

erteilt und ausdrücklich darauf hingewiesen, dass es nicht für die Verkehrsflächen einschließlich aller Parkplatzflächen gilt. Das gemeindliche Einvernehmen wird unter folgenden Bedingungen erteilt:

Mit dem hier am 27.10.2008 eingegangenen geänderten Lageplan sind zwar die seinerzeit angemerkten städtebaulichen Konflikte aufgegriffen worden. U.a. aus Gründen der Verkehrssicherheit besteht nach wie vor Verbesserungsbedarf. Auch hinsichtlich der Schallproblematik für die angrenzenden Wohngebiete muss davon ausgegangen werden, dass auch bei der vorliegenden Antragsplanung hinsichtlich der Verkehrserschließung die Anforderungen an gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse nicht gewahrt bleiben. Die nun geplante Errichtung einer Lärmschutzeinrichtung sollte unbedingt weiter nach Norden fortgeführt werden, um auch für die Wohnbebauung Am Rensemoor 3-9 umfassenden Schutz zu bieten. Besser noch wäre eine komplette Verlagerung der Pkw-Stellplatzanlagen auf die Westseite der Hauptzufahrt, um so eine Vermischung der verschiedenen Verkehrsarten (Pkw, Radfahrer, Fußgänger) zu verhindern, so dass östlich der Hauptzufahrt konfliktfrei die zentrale Fahrradabstellanlage errichtet werden kann. Ferner ist in der Hauptzufahrt eine sog. „Kiss-and-Ride-Umfahrt“ erforderlich, um chaotische Abläufe für die Pkw-Stellplatzanlage von vornherein zu vermeiden. Es wird um erneute Beteiligung gebeten, wenn sich hier eine überarbeitete Lösung abzeichnet.“

Bauanträge b) Erweiterung des DRK-Krankenhauses Ratzeburg:

„Der Ausschuss für Bau und Umwelt stimmt dem vorgestellten Vorhaben der Erweiterung des DRK-Krankenhauses Ratzeburg zu. Das gemeindliche Einvernehmen nach § 36 BauGB kann erteilt werden.“

Grundstücksangelegenheiten: „Aufgrund der vorliegenden Angebote mit den städtebaulichen Skizzen hinsichtlich des Erwerbs des städtischen Grundstückes am Burgfeld sind mit der Firma HTB Projektentwicklung GmbH & Co. KG die Verhandlungen fortzuführen.“

5. Sitzung des Ausschusses für Bau und Umwelt, 26.01.2009, Top 5. Bericht der Verwaltung

Schriftliche Berichte liegen dem Ausschuss zu folgenden Themen vor:

- Anschreiben und Antwortschreiben Innenministerium Schleswig-Holstein zum Thema „Marktplatz, Überlegungen zur Begrünung“,
- Anschreiben und Antwortschreiben Landesbetrieb für Straßenbau und Verkehr Schleswig-Holstein zum Thema „Änderung der Ampelschaltungen am Knotenpunkt B 208/ Unter den Linden/ Demolierung/ Herrenstraße innerhalb der Ortsdurchfahrt Ratzeburg“ sowie
- Anschreiben Landesbetrieb für Straßenbau und Verkehr Schleswig-Holstein zum Thema „Einrichtung eines Fußgängerüberweges im Bereich der B 208 außerhalb der Ortsdurchfahrt Ratzeburg in Höhe der Einmündung Kolberger Straße“

Weiter berichtet Herr Laumans anlässlich eines Presseberichtes hinsichtlich des Busverkehrs im Bereich Unter den Linden, dass hierüber, vor dem Bericht, seitens der Verkehrsbetriebe kein Gespräch mit der Stadt gesucht wurde. Es wird kurzfristig durch die Verwaltung ein entsprechendes Gespräch mit den Fahrdienstleitern der Betriebe initiiert werden. Die bisherigen Erfahrungen und Beobachtungen der Verwaltung stellen sich bisher, je nach Betrieb, sehr differenziert dar, was mit dem unterschiedlichen Befolgen der empfohlenen Verhaltensweisen zusammenhängt.

Bezüglich der Ortsgestaltungssatzung für die Stadtinsel gibt es teilweise Wünsche, Veränderungen herbeizuführen. Für die nächste Sitzung des Ausschusses soll das Thema seitens der Verwaltung auf die Tagesordnung gebracht werden.

Herr Laumans berichtet über die am 15.01.2009 stattgefundenene Bürgerinformation zum Ausbau der Sudetenstraße. Er erläutert die Planung kurz anhand eines Planes. Die Grundstückseigentümer haben sich für den Ausbau als Mischverkehrsfläche, allerdings ohne die im Vorentwurf enthaltenen „Nasen“, ausgesprochen. Der Wendehammer soll in der bestehenden Fläche erneuert werden. Die Anwohner wünschen sich eine Begrenzung der Vorausleistungszahlungen auf 50 % – möglich sind bis zu 100 %. Die Verwaltung wird auf Basis der erläuterten, einvernehmlichen Planung weiterarbeiten und die Ausführungsplanung vorantreiben. Eine Beschlussfassung ist für die nächste Ausschusssitzung vorgesehen. Der Ausschuss nimmt den Sachverhalt und die weitere Vorgehensweise zustimmend zur Kenntnis.

5. Sitzung des Ausschusses für Bau und Umwelt, 26.01.2009, Top 6. Einwohnerfragestunde

Herr Reinhard, Anwohner der Straße Burgfeld fragt, warum man die Bürger hinsichtlich der Planung eines Supermarktes am Burgfeld nicht vorher einbezogen habe. Der Vorsitzende und Herr Laumans erläutern das vorgesehene Verfahren zur Aufstellung der Bebauungsplanänderung und dass die Bürger u.a. in einer frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Abs. 1 BauGB umfassend informiert werden.

Herr Schuldt spricht sich gegen das Vorhaben am Burgfeld aus und ist der Meinung, dass die bei der Kommunalwahl versprochene Bürgernähe nicht spürbar sei.

Herr Flaschka fragt, ob das Grundstück, wenn es sein Grundstück wäre, auch eine Chance zur Bebauung mit einem Supermarkt hätte. Herr Laumans bejaht die Frage. Herr Flaschka ist der Meinung, dass es schon genug Discounter gebe. Herr Laumans erläutert die Überlegungen der Firma Penny, sich bei quasi Beibehaltung des Standortes zu vergrößern, wobei auf dem bestehenden Betriebsgrundstück jedoch keine Erweiterungsmöglichkeiten erkennbar seien.

Frau Pergande fragt, ob dann Entschädigungszahlungen für die Anwohner zu erwarten seien. Herr Laumans erläutert noch einmal die Vorgehensweise, wie in einem Bebauungsverfahren die verschiedenen Belange und Konflikte zu bearbeiten bzw. zu lösen sind, wozu u.a. auch Fragen des Schallschutzes, des Verkehrsaufkommens und der Gestaltung gehören. Seines Erachtens sei hier nicht mit Schadensersatzansprüchen zu rechnen.

Frau Lorenz und Herr Jens machen auf die ihrer Meinung nach schon jetzt bestehenden Beeinträchtigungen durch den Penny-Markt bis 22:00 Uhr aufmerksam. Herr Laumans antwortet, dass auch dies in dem Verfahren mit zu beachten sein wird. Frau Lorenz fragt, um wie viel größer das Grundstück denn sei, der Parkplatz sei schon jetzt nicht ausgelastet. Herr Laumans berichtet, dass ein Markt mit etwa 1200 qm Geschossfläche bei einer Verkaufsfläche von etwa 800 qm und 70 Stellplätzen geplant sei, was etwas über dem des bestehenden Marktes liege.

Frau Klar ist der Auffassung, dass durch den Ausbau der Seestraße Existenzen vernichtet würden, indem für die neue Straße Zahlungen durch die Anwohner zu leisten seien. Sie findet das nicht richtig und fragt, wann dafür eine Lösung gefunden werde. Der Vorsitzende verweist zunächst darauf, dass das Bebauungsverfahren bereits vor zwei Jahren durchgeführt wurde. Herr Thiele führt aus, dass er es nicht für gut heißen könne, wenn die Thematik hier dargestellt würde, als handele es sich um Willkürmaßnahmen. Das Verfahren werde in einem Rechtsstaat geführt. Enteignungsgleiche Eingriffe könne er hier nicht erkennen.

Herr Steffen möchte wissen, ob LKW durch die Seestraße fahren dürften. Der Vorsitzende weist auf die bestehenden Verbotsschilder hin. Herr Laumans erklärt, dass Anliegerverkehr zulässig sei, ansonsten aber nur Fahrzeuge bis 3,5 t zulässig seien. Allein die Polizei sei aber berechtigt, den fließenden Verkehr zu kontrollieren. Herr Steffen fragt, was, nachdem der Sachverständige bereits da war, denn nun weiter geschieht. Herr Laumans erläutert, dass die zu fertigenden Berichte bei Vorliegen weiter an den Landesbetrieb für Straßenbau und Verkehr zur Prüfung geleitet werden, um dann im Zusammenhang mit der Baumaßnahme für ggf. notwendigen passiven Schallschutz an den Gebäuden zu sorgen.

Herr Büchner-Jahrens möchte von den Ausschussmitgliedern wissen, wann man endlich zu einem konstruktiveren Politikstil kommen wolle und führt hier insbesondere den Top 13b an. Herr Rütz antwortet, dass der vorliegende Antrag unter dem genannten Tagesordnungspunkt beraten werde und bringt gleichzeitig seine Hoffnung zum Ausdruck, dass das Jahr 2009 politisch ein besseres als 2008 werden möge.

**5. Sitzung des Ausschusses für Bau und Umwelt, 26.01.2009, Top 7.
Baumpark Ratzeburg – Öffentlich-rechtlicher Vertrag über Ausgleichsmaßnahmen zum Gesamtprojekt „Wohnpark Barkenkamp“ zwischen der Stadt Ratzeburg, der Landgesellschaft Schleswig-Holstein und dem Kreis Herzogtum Lauenburg vom 26.04.2007**

Herr Dr. Heling und Frau Dr. Marxen-Drewes stellen das Projekt „Baumpark Ratzeburg“ vor und erläutern die Planungen.

Herr Mohr möchte wissen, ob im Zusammenhang mit der Planung auch eine Lösung für den P+R-Verkehr in der Möllner Straße angeboten wird. Herr Dr. Schulz führt aus, dass es sich grundsätzlich um Flächen zum naturschutzrechtlichen Ausgleich handelt, die der Kreis Herzogtum Lauenburg zwischenzeitlich in Gänze übernommen habe. Größere Parkplätze seien dort nicht möglich. Das Projekt sei das erste seiner Art in Deutschland.

Ratsherr Koch fragt nach der Finanzierung des Projektes. Frau Dr. Marxen-Drewes und Herr Dr. Heling berichten über die diversen Kooperationspartner und darüber, dass natürlich auch die Baumstifter zur Finanzierung beitragen. Herr Dr. Schulz berichtet über das Engagement des Kreises, der sich im Wesentlichen über die Flächen einbringt. Der Feststellung von Ratsherrn Koch, dass die Stadt Ratzeburg an den Kosten nicht direkt beteiligt sei, wird von Herrn Dr. Schulz zugestimmt.

Herr Thiele bringt seine Zustimmung für das Projekt zum Ausdruck, indem er eine positive Wirkung der geplanten halböffentlichen Räume am Siedlungsrand der Stadt sieht. Damit werde städtebaulich ein echter Siedlungsabschluss erreicht.

Beschluss:

Der Ausschuss für Bau und Umwelt begrüßt das vorgestellte Projekt „Baumpark Ratzeburg“ und stimmt dem grundsätzlich zu. Der Ausschuss ist damit einverstanden, dass die mit dem öffentlich-rechtlichen Vertrag vom 26.04.2007 über Ausgleichsmaßnahmen zum Gesamtprojekt „Wohnpark Barkenkamp“ zwischen der Stadt Ratzeburg, dem Kreis Herzogtum Lauenburg und der Landgesellschaft Schleswig-Holstein getroffenen Vereinbarungen im Sinne des Projektes geändert werden. Der entsprechend geänderte Vertrag ist dann dem Ausschuss vorzulegen.

9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen

Frau Ratsherrin Dr. Schmid erscheint zur Sitzung.

**5. Sitzung des Ausschusses für Bau und Umwelt, 26.01.2009, Top 8.
Bauanträge: Neubau und Teilsanierung eines Gymnasiums, erteiltes gemeindliches
Einvernehmen nach § 36 BauGB zum Gesamtvorhaben**

Der Vorsitzende berichtet über die zurückliegende Abstimmung mit dem Bauherren und dem Kreis Herzogtum Lauenburg. Herr Laumans erläutert anhand der seinerzeitigen und der nunmehr geänderten Pläne die Außenanlagenplanung für die Lauenburgische Gelehrten-
schule. Herr Thiele macht deutlich, dass der Kreis die Stadt bereits viel früher hätte betei-
ligen müssen.

Beschluss:

Die durch den Bürgermeister in Abstimmung mit dem Vorsitzenden und dem stellvertreten-
den Vorsitzenden des Ausschusses für Bau und Umwelt entsprechend des Beschlusses des
Ausschusses vom 10.11.2008 getroffene Entscheidung zur Erteilung des gemeindlichen Ein-
vernehmens nach § 36 BauGB wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen

**5. Sitzung des Ausschusses für Bau und Umwelt, 26.01.2009, Top 9.
Errichtung einer Fußgängerüberquerungsanlage am Albsfelder Weg**

Herr Klossek erläutert die in der Vorlage gemachten Vorschläge. Zur Variante B der Vorlage
wurde vor der Sitzung ein weiterer Lageplan mit der Planung an die Ausschussmitglieder
verteilt.

Ratsherr Deinert gibt zu bedenken, dass durch Fahrbahnschwellen im Albsfelder Weg das
Verkehrsaufkommen im parallel verlaufenden Giesensdorfer Weg durch Ausweichverkehr
der Anwohner der Straßen Giesensdorfer Weg, Alter Postweg und Dreiangel seiner Meinung
nach sehr deutlich steigen werde und es dort im verkehrsberuhigten Bereich zur Gefährdung
spielender Kinder kommen könne. Dies wird von Ratsherrn Koch bezweifelt.

Beschluss:

Der Ausschuss für Bau und Umwelt beschließt, eine Fußgängerquerungsanlage, wie bereits
beantragt, im Albfelder Weg Höhe Einmündung Klaus-Groth-Straße/ Zuwegung Giesensdor-
fer Weg einzurichten. Voraussetzung ist die Aufhebung der östlichen Bushaltestelle und das
Einrichten einer vorgelagerten Bushaltestelle sowie die Aufhebung der drei westlichen Park-
plätze an der Zuwegung Giesensdorfer Weg. Die Verwaltung wird beauftragt, die erforderli-
chen Mittel von € 30.000,00 zum 1. Nachtragshaushalt für den Vermögenshaushalt anzu-
melden.

9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen

Ratsherr Koch verlässt die Sitzung.

5. Sitzung des Ausschusses für Bau und Umwelt, 26.01.2009, Top 10.

1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 62 „Burgfeld“ – Aufstellungsbeschluss

Vor der Sitzung wurde ein Fax-Schreiben vom 26.01.2009 des Rechtsanwaltes von Zech hinsichtlich der Aufstellung des Bebauungsplanes an alle Ausschussmitglieder verteilt.

Herr Thiele bringt für die CDU zum Ausdruck, dass sie dem Vorhaben nicht zustimmen wird, da aus Gründen der Stadtentwicklung kein weiterer Verbrauchermarkt mehr notwendig sei. Zudem handele es dort nur noch um einen Verdrängungswettbewerb. Vielmehr sei der Bedeutungsüberschuss der Stadtinsel zu unterstützen.

Ratsherr Hagenkötter macht angesichts der Fragen in der Einwohnerfragestunde nach der Bürgerbeteiligung noch einmal deutlich, dass die Bürger gar nicht eher beteiligt werden konnten, da man hinsichtlich der Bieter in der Grundstückangelegenheit stets nicht-öffentlich zu beraten hatte und die Ausschussmitglieder und die Verwaltung dabei zur Verschwiegenheit verpflichtet sind. Erst mit dem öffentlichen Bauleitplanverfahren werde nun auch mit der Beteiligung der Öffentlichkeit begonnen.

Beschluss:

1. Für das Gebiet des Bebauungsplanes Nr. 62 "Burgfeld" wird die 1. Änderung im beschleunigten Verfahren gem. § 13 a BauGB aufgestellt (§ 2 Abs. 1 BauGB). Der genaue Geltungsbereich kann dem der Originalvorlage anliegenden Lageplan entnommen werden. Es wird folgendes Planungsziel verfolgt: Schaffung planungsrechtlicher Grundlagen für die Errichtung eines Discountmarktes.
2. Der Aufstellungsbeschluss ist ortsüblich bekannt zu machen (§ 2 Abs. 1 Satz 2 BauGB).

6 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen

5. Sitzung des Ausschusses für Bau und Umwelt, 26.01.2009, Top 11.

Städtebaulicher Vertrag zur 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 62 „Burgfeld“

Ratsherr Dr. Behrens fragt, was den in § 11 des Vertrages (Sicherheitsleistungen) noch einzusetzen sei. Herrn Laumans antwortet, dass man dieses nach Vorliegen der Verkehrsanalyse sagen könne, da erst dann ggf. feststehe, dass der Knotenpunkt eines Umbaus bzw. weiterer Signalisierung bedürfe. Für die Vorlage zur Stadtvertretung werde der Vertrag dann entsprechend ergänzt.

Beschluss:

Der Ausschuss für Bau und Umwelt empfiehlt der Stadtvertretung zu beschließen: Dem städtebaulichen Vertrag gemäß § 11 BauGB zwischen der Stadt Ratzeburg und der Firma ITB LMD Ratzeburg b.v. i.o., Varssefeld, NL, zur 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 62 „Burgfeld“ wird zugestimmt.

6 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen

5. Sitzung des Ausschusses für Bau und Umwelt, 26.01.2009, Top 12.

3. Änderung mit Erweiterung des Bebauungsplanes Nr. 43.I „westlich Bahnstrecke Lübeck-Büchen, nördlich Bahnhofsallee“ im beschleunigten Verfahren gem. § 13 a BauGB – Entwurfs- und Auslegungsbeschluss

Herr Wolf erläutert kurz den Verfahrensstand und macht auf die inzwischen besondere Problematik des Lärmschutzes entlang der Bahnstrecke aufmerksam. Der Vorsitzende berichtet aus den amtsangehörigen Gemeinden entlang der Bahnstrecke über die hohen Prognosewerte der Bahn, was zu einer stark erhöhten planerischen Schutzbedürftigkeit von Baugebieten führt.

Herr Thiele kritisiert das Vorgehen der Firma ATR und fragt, warum es für die Firma nicht möglich sei, einmal etwas weiter in die Zukunft zu denken und umfassender zu planen. Dieses planerische „Klein-Klein“ sei für alle Seiten nicht gut.

Beschluss:

1. Die Entwürfe der 3. Änderung mit Erweiterung des Bebauungsplanes Nr. 43.I „westlich Bahnstrecke Lübeck-Büchen, nördlich Bahnhofsallee“ für den Bereich nördlich Bahnhofsallee, westlich Bahnstrecke und der Begründung werden in den vorliegenden Fassungen gebilligt.
2. Die Entwürfe der Bebauungsplansatzung und der Begründung sind nach § 13 Abs. 2 i.V.m. 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen.
3. Die berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sind von der Auslegung zu benachrichtigen und nach § 13 Abs. 2 i.V.m. 4 Abs. 2 BauGB zu beteiligen.

9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen

5. Sitzung des Ausschusses für Bau und Umwelt, 26.01.2009, Top 13a.

Antrag der FRW-Fraktion: Verbesserung der Verkehrssituation für die Anlieger in der Seestraße/ An der Brauerei/ Schulstraße durch Geschwindigkeitsreduzierung auf 30 km/h

Ratsherr Balingen erklärt, dass es bei dem Antrag unter dem Tagesordnungspunkt 13 a) um einen gemeinsamen Antrag der FRW- mit der SPD-Fraktion handelt, hinsichtlich des unter Top 13 b) zu beratenden Antrages konnte keine Einigung zwischen den Fraktionen erzielt werden.

Beschluss:

1. Zur Verbesserung der Verkehrssicherheit und zur Reduzierung der Lärmemissionen durch den Straßenverkehr für die Anlieger soll eine Geschwindigkeitsreduzierung auf 30 km/h in der Seestraße, An der Brauerei und Schulstraße eingerichtet werden. Die Verwaltung wird beauftragt, eine entsprechende verkehrsrechtliche Genehmigung bei der Verkehrsaufsichtsbehörde zu beantragen.
2. Die Seestraße ist zwischen Alter Meierei und dem Spritzenberg in eine Einbahnstraße Richtung Königsdamm umzuwandeln. Die Verwaltung wird beauftragt, eine entsprechende verkehrsrechtliche Genehmigung bei der Verkehrsaufsichtsbehörde zu beantragen

5 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen

5. Sitzung des Ausschusses für Bau und Umwelt, 26.01.2009, Top 13b. Antrag der FRW-Fraktion: Ampelschaltungen auf der Insel

Der Vorsitzende verliest den gesamten Antrag der FRW.

Ratsherr Hagenkötter ist der Auffassung, dass kleinere Veränderungen an den Ampelschaltungen nicht zu Rückzahlungen von Landes- und Bundesmitteln führen.

Ratsherr Winkler fragt, ob es Ziel des Antrages sei, durch die Beschränkung auf 30 km/h und verkürzte Wartezeiten an der Pförtnerampel wieder mehr Verkehr über den Marktplatz zu führen. Ratsherr Hagenkötter bejaht die Frage.

Ratsherr Bahlinger bringt zum Ausdruck, dass es sich bei den Ausschussmitgliedern nicht um Experten handle, und man die Problematik der Ampelschaltungen vielmehr Fachleuten überlassen solle. Herr Hildebrandt stellt deshalb für die SPD-Fraktion folgenden Antrag:

„Die Bauverwaltung wird beauftragt, die Ampelanlagen permanent zu beobachten und gegebenenfalls intelligent an den Bedarf anzupassen und dem Ausschuss für Bau und Umwelt darüber zu berichten.“

Ratsherr Rütz erläutert, dass seines Erachtens mehr Fahrzeuge bei der Pförtnerampel durchkommen sollen.

Ratsherr Clasen hinterfragt, warum man denn dann die Rotphasen verkürzen wolle und nicht stattdessen die Verlängerung der Grünphasen anstrebe.

Ratsherr Techlin spricht sich dafür aus, dass allein das Vorankommen der Linienbusse ein Maßstab sein könne. Wenn diese die Anweisungen befolgten, könne das System auch richtig genutzt werden. Er spricht sich weiter dafür aus, an der Planung festzuhalten.

Herr Thiele stellt für die CDU fest, dass man dem SPD-Antrag zustimmen könne. Der Verkehr müsse immer ein integraler Bestandteil der Stadt sein, da er sonst kein für die Stadt wertvoller Bestandteil sein könne.

Herr Dr. Bahrs fragt nach der Durchführbarkeit der Kontrolle der Verkehrsverhältnisse und meint, die Busfahrer seien nicht zufrieden, was auch an der angeblich notwendigen „Nase“ zwischen Bushaldebucht und Rechtsabbiegerspur liege. Er spricht sich für eine Verlängerung der Grünphase aus.

Ratsherr Hagenkötter ist der Auffassung, dass beobachten nicht ausreiche, ausprobieren sei besser.

Herr Laumans bemängelt die Ausdrucksweise von Herrn Dr. Bahrs. Indem er von einer „angeblich notwendigen „Nase““ spreche, werde der Verwaltung unterstellt, sie würde willkürliche Straßeneinbauten tätigen und sich nicht auf dem Boden der Rechtsvorschriften bewegen. Herr Laumans weist derartige Unterstellungen entschieden zurück. Herr Dr. Bahrs nimmt daraufhin das „angeblich“ zurück. Weiter macht Herr Laumans darauf aufmerksam, dass sich die Busfahrer z.T. nach wie vor nicht korrekt verhielten. Zudem sei, wenn überhaupt ein Feinjustieren der Verkehrssteuerung angebracht, kein Justieren „mit dem Hammer“.

Herr Klossek erläutert, dass die Anlagen auch jetzt bereits verkehrsabhängig gesteuert seien, d.h. sich zu unterschiedlichen Zeiten auch unterschiedlich verhielten. Die Verkehrsinseln seien nicht zuletzt auch zum Schutz der schwächeren Verkehrsteilnehmer wie Senioren oder Behinderte errichtet worden.

Frau Ratscherrin Kersten begrüßt dies ausdrücklich, genauso wie den Vorschlag von Herrn Klossek, doch den Sachverständigen von der Firma Signalbau Huber zum Thema Ampelschaltung noch einmal zu einer Ausschusssitzung einzuladen.

Ratsherr Hagenkötter ist der Auffassung, dass man die Ampeln morgens für die Busse anpassen müsse. Herr Wolf berichtet daraufhin von eigenen Beobachtungen absolut systemwidrigen Verhaltens einzelner Busfahrer, die letztendlich dazu beitragen, dass die Busse selbst Verkehrsstauungen verursachen.

Herr Thiele macht deutlich, dass man „richtig“ beobachten müsse. Die im Moment hervorragend funktionierende Verkehrsregelung stellt eine gute Basis für die weitere Entwicklung dar. Frau Ratscherrin Kersten erinnert an die täglichen, langen Staus, die es vor dem Umbau gegeben habe und die heute der Vergangenheit angehörten, an die sich nun anscheinend aber niemand mehr erinnern könne.

Erster Stadtrat Suhr stellt fest, dass man wohl gar nicht so weit auseinander liege. Allein die Gründung der Meinungen auf Annahmen sei nicht sinnvoll. Auch er hält die Erläuterungen des Experten für sinnvoll.

*Der Vorsitzende unterbricht die Sitzung um 21:03 Uhr für eine kurze Pause.
Die Sitzung wird um 21:07 Uhr fortgesetzt.*

Ratsherr Dr. Behrens zieht den Antrag der FRW-Fraktion zurück und erklärt, dass man sich dem SPD-Antrag zunächst anschließen könne, wenn zusätzlich der Fachmann zur nächsten Sitzung eingeladen würde. Daraufhin kommt folgender Beschluss zustande:

Beschluss:

Die Bauverwaltung wird beauftragt, die Ampelanlagen permanent zu beobachten und gegebenenfalls intelligent an den Bedarf anzupassen und dem Ausschuss für Bau und Umwelt darüber zu berichten. Zur nächsten Sitzung des Ausschusses für Bau und Umwelt soll ein Sachverständiger für Lichtsignalanlagen eingeladen werden.

9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen

Frau Ratsherrin Jabs verlässt die Sitzung um ca. 21:10 Uhr.

**5. Sitzung des Ausschusses für Bau und Umwelt, 26.01.2009, Top 13c.
Antrag der CDU- und der FDP-Fraktion: Lübecker Straße**

Ratsherr Techlin erläutert den gemeinsamen Antrag, der zu Beginn der Sitzung verteilt wurde.

Beschluss:

Der Ausschuss für Bau und Umwelt beschließt, dass die Verwaltung durch geeignete Maßnahmen sicherstellt, dass die Durchfahrtsmöglichkeit für Rettungsfahrzeuge auf ganzer Länge der Lübecker Straße ständig gegeben ist.

8 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung

**5. Sitzung des Ausschusses für Bau und Umwelt, 26.01.2009, Top 14.
Südliche Sammelstraße, Ausbau – öffentlich, Antrag der FRW-Fraktion**

Ratsherr Hagenkötter erläutert den Antrag, der zu Beginn der Sitzung verteilt wurde. Öffentlich behandelt werden sollen die Punkte 1 bis 4, nicht aber die Vergabeentscheidung selbst.

Herr Thiele findet eine stufenweise Vergabe der Leistungsphasen in Ordnung. Herr Laumans bestätigt, dass dies ohnehin gängige Praxis sei. Herr Thiele führt weiter aus, dass nun geplant werden müsse, um überhaupt Fördermittel beantragen zu können. Er ist der Auffassung, dass die Straßenbreite mit 6,50 m zu planen ist, da auch Begegnungsfälle LKW/ LKW, LKW/ Bus eingeplant werden müssen.

Ratsherr Rütz merkt an, dass man auch für eine 6 m breite Straßen Fördermittel bekommen könne, so wie in den ersten drei Bauabschnitten in der Schulstraße und An der Brauerei geschehen.

Auf die Bitte von Frau Ratscherrin Kersten und Ratscherrn Bahlinger erläutert Herr Klossek die entsprechenden Empfehlungen der RAST 2006 (Richtlinie für die Anlage von Stadtstraßen), bei der Errichtung derartiger Straßen eine Breite von 6,50 m einzuplanen. Herr Laumans hält es aus fachlicher Sicht für absolut notwendig, dies auch in diesem Falle so zu machen. Ratscherr Hagenkötter fragt, ob man sich denn schon jetzt auf die Breite festlegen müsse. Herr Thiele antwortet, das jetzt präzise geplant werden müsse, damit eine verbindliche Abstimmung mit den Fördermittelgebern möglich ist. Ratscherr Techlin spricht sich gegen den Antrag der FRW-Fraktion aus.

Beschluss:

Der Ausschuss für Bau und Umwelt beschließt:

1. Der Ausbau der Fahrbahn der Seestraße soll wie schon in den fertiggestellten Abschnitten „Demolierung, Schulstraße, An der Brauerei“ in einer Breite von 6,00 m (je Fahrbahn 3,00 m) erfolgen.
2. Auf beiden Seiten soll ein Gehweg von 1,50 m angelegt werden, sodass sich insgesamt ein Straßenprofil von zusammen 9,00 m ergibt.
3. Die Beauftragung der Ingenieurleistungen der Leistungsphasen 5 – 9 sowie für die örtliche Bauüberwachung kann zu einem späteren Zeitpunkt nach Sicherstellung der Finanzierung erfolgen.
4. Der Ausbau des Brückbauwerkes Seestraße/ Königsdamm sowie der Knotenpunkt Königsdamm (B 208) soll 2-spurig erfolgen. Eine gesonderte Linksabbiegespur auf dem Königsdamm/ Brückenbauwerk und eine Pförtnerampel stadteinwärts sind nicht erforderlich.

4 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen

Damit ist der Antrag abgelehnt.

5. Sitzung des Ausschusses für Bau und Umwelt, 26.01.2009, Top 20.

Ratscherr Winkler bittet darum, zukünftig die Sitzungsvorlagen zugesandt zu bekommen. Herr Laumans antwortet, dass man dies entsprechend berücksichtigen werde.

Ratscherr Rütz kommt noch einmal auf die Lübecker Straße hinsichtlich der Blumenkübel zu sprechen. Herr Laumans bitte darum, nun an den gefassten Beschlüssen festzuhalten, da die Anwohner darauf vertrauen würden. Ratscherr Bahlinger spricht sich dafür aus, die Parkmöglichkeiten mit einem „P“ zu markieren und ansonsten eine Parkverbotszone anzuordnen.

Frau Fabinski und Ratscherr Deinert verlassen die Sitzung.

Der Vorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 21:35 Uhr.*

Die nächste Sitzung findet voraussichtlich am 30. März 2009 statt.

Ratzeburg, 11. Februar 2009

gez.
.....
Rütz
Vorsitzender

gez.
.....
Wolf
Protokollführer

* Die Niederschrift wird mit Teil B – Nicht-öffentlicher Teil – fortgesetzt.